

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

70. Sitzung
28. Mai 2026

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.57 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Regina Kittler (LINKE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Aus welchem Grund wird der Kitagutschein für Kinder von Geflüchteten nur befristet ausgegeben, wenn nur die Unterschrift eines Elternteils beigebracht werden kann?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erläutert, Rechtsgrundlage sei § 2 Absatz 3 der Kindertagesförderungsverordnung, der regelt, dass beide Elternteile den Antrag auf einen Kitagutschein unterzeichnen müssten beziehungsweise eine entsprechende Vollmacht eines Elternteils vorliegen müsse, sofern beide Elternteile sorgeberechtigt seien. Auch wenn allen bewusst sei, dass Eltern mit einem Fluchthintergrund andere Voraussetzungen hätten, müssten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendämter an die Rechtsgrundlage halten. Daraus resultiere vermutlich die Ausgabe befristeter Kitagutscheine. So könne die Vollmacht gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt beigebracht werden.

Regina Kittler (LINKE) verweist auf den Ermessensspielraum der Bezirke. Von Flucht Betroffene seien auf Hilfe angewiesen und sollten schnell eingegliedert werden. Wenn ein El-

ternteil im Fluchtgebiet verschollen sei, müsse es die Möglichkeit geben, die Regelung außer Kraft zu setzen. Könne der Senat den Bezirksverwaltungen mitteilen, dass hier im Ermessen gehandelt werden könne? Die Bezirke sollten sich nicht nur an Recht und Gesetz halten, sondern auch Menschlichkeit walten lassen. Ihr sei ein Bezirk bekannt, der dies so handhabe.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) stellt klar, dass immer Menschlichkeit walte, denn jedes Kind erhalte einen Kitagutschein und Zugang zu frühkindlicher Bildung. Die SenBJF habe das Thema nun aufgenommen und sei dabei, bezirksübergreifend eine familienfreundliche Lösung und ein einheitliches Verfahren zu finden. Trotzdem könne sich nicht über geltendes Recht hinweggesetzt werden. Es müsse geprüft werden, ob alle Voraussetzungen gegeben seien. Kinderschutz und Kindeswohl ständen immer im Vordergrund.

Louis Krüger (GRÜNE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Ein breites Bündnis aus Berliner Bildungsakteur*innen fordert im Vorfeld der Wahlen gezielte Kraftanstrengungen in der Bildungspolitik für eine gerechte, inklusive und demokratische Schule für alle. Wie bewertet der Senat die Forderungen des Bündnisses?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) bemerkt einleitend, es sei immer erfreulich, wenn viele Akteure zusammenfänden, um für ein gemeinsames Ziel zu kämpfen. Das Ziel einer gerechten, inklusiven, demokratischen Schule hätten alle mit der SenBJF gemein. Im Folgenden gehe sie auf die einzelnen Forderungen ein.

Der Ausbau von Gemeinschaftsschulen sei bereits mehrmals Thema gewesen. In der aktuellen Legislatur seien mehr Gemeinschaftsschulgründungen zugelassen worden als in der vorangegangenen Legislatur. Sowohl beim Neubau als auch bei Bestandsschulen unterstütze die SenBJF bei der Gründung von Gemeinschaftsschulen. Wie auch von dem Bündnis gefordert sei das Ziel, den Bruch zwischen Grundschule und weiterführender Schule zu überwinden.

In der Vergangenheit seien Versuche, die Inklusion an jeder Schule umzusetzen, unzureichend verlaufen. Aktuell würden bei jedem Neu- oder Ergänzungsbau und bei jeder Sanierung Voraussetzungen für ein inklusives Schulsystem geschaffen, indem hoch inklusive Schulen gebaut würden. Zudem werde zum kommenden Schuljahr gemäß der Vereinbarung mit der GEW zu kleineren Lerngruppen damit begonnen, die Klassenfrequenz in den ersten Klassen der Schultypisierung 5, 6 und 7 abzusenken, um dem inklusiven Charakter noch besser gerecht zu werden.

Als erste Senatorin habe sie in den Bezirken eine Abfrage über kurz-, teil- oder unbeschulte Kinder durchgeführt. Aufgrund der nun vorliegenden Zahlen sei der Runde Tisch für Inklusion, GE und ASS ins Leben gerufen worden. Dieser tage demnächst ein weiteres Mal und setze sich damit auseinander, wie Inklusion an den Schulen noch besser umgesetzt werden könne und was das System dafür benötige.

Hinsichtlich kostenfreier Lehr- und Lernmittel gehe Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits sehr vorbildlich voran. Dieser Kurs werde weiter verfolgt. – Zur Stärkung der beruflichen Orientierung seien zwei verpflichtende Praktika im 9. und 10. Jahrgang, das Fach WAT als verpflichtendes Wahlfach und das Wahlpflichtfach Berufsorientierung an den Gym-

nasien eingeführt worden. Die SenBJF habe die Qualifikation der Lehrkräfte für die Berufliche Orientierung überarbeitet und eine Kooperationsvereinbarung mit der IHK abgeschlossen. Ziel des Gesamtkonzepts der beruflichen Orientierung sei, dass Schülerinnen und Schüler am Ende der 10., 12. oder 13. Klasse wüssten, wie es nach der Schule in der Berufswelt weitergehen könne, und einen Anschluss fänden.

Eine weitere Forderung betreffe Mitbestimmung und Beteiligung. Das Land Berlin habe im bundesweiten Vergleich ein hoch partizipatives Bildungssystem. Im Berliner Schulgesetz seien Personalvertretungen für unterschiedliche Gruppen vorgeschrieben. In der Führungskräfteausbildung und der Qualifikation für das mittlere Management seien diese Inhalte verpflichtend. Alle würden darauf hingewiesen, welche Gremien es an einer Schule geben müsse, wie mit diesen zu arbeiten und bei welchen Beschlussfassungen sie einzubeziehen seien.

Auch das Thema der multiprofessionellen Teams sei bereits mehrmals besprochen worden. In den letzten drei Jahren sei ermöglicht worden, Lehrerstellen in insgesamt 14 Professionen umzuwandeln. Natürlich wünsche auch sie sich, diese Multiprofessionen zusätzlich zu einer hundertprozentigen Lehrkräfteausstattung einsetzen zu können. So lange es aber unbesetzte Lehrerstellen gebe, sei es schwierig, über zusätzliche Stellen zu verhandeln. Vorerst müsse mit dem Stellenpool gearbeitet werden, der verfügbar sei. Dafür seien den Schulen im Rahmen des Personalmanagements, der Inklusion und der Demokratiebildung viele Möglichkeiten eingeräumt worden.

Sie unterstütze das Ziel des Bündnisses zum Ausbau der Lehramtsstudienplätze. Hierzu habe sie in der gemeinsamen Sitzung mit dem Wissenschaftsausschuss sehr klar Stellung bezogen: An der Anzahl der Lehramtsstudienplätze müsse festgehalten werden, da Berlin auch in den kommenden Jahren aufgrund der bevorstehenden Verrentungs- und Pensionierungswelle und für eine weitere Absenkung der Klassenfrequenz einen enormen Bedarf an qualifizierten Lehrkräften habe. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Pflege vertrete hierzu aber einen anderen Standpunkt.

Für den Aufbau von Mentoringstrukturen beim Berufseinstieg von Lehrkräften ständen in Berlin zum kommenden Schuljahr über die Qualifizierungslehrkräfte zum ersten Mal Mentorinnen und Mentoren zur Verfügung. Alle Schulen hätten Lehrkräfte gemeldet, die diese Aufgabe übernehmen wollten. Diese würden seit April dieses Jahres im neuen Landesinstitut BLiQ in insgesamt fünf Modulen für diese Aufgabe qualifiziert.

Insgesamt bewerte der Senat die Forderungen des Bündnisses positiv. Ein Teil der Forderungen sei bereits in den vergangenen drei Jahren umgesetzt worden, bei anderen sei mit der Umsetzung begonnen worden.

Louis Krüger (GRÜNE) erwidert, seine Bewertung unterscheide sich von der der Senatorin, und auch das Bündnis sehe die Realität weniger optimistisch. Offensichtlich bestehe weiterer Gesprächsbedarf. Habe die Senatorin bereits Kontakt zu dem Bündnis aufgenommen oder habe sie dies vor, um mit ihm über die Forderungen und den Stand der Umsetzung zu sprechen?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) äußert, viele Verbände, Vereine und Organisationen nähmen Kontakt zu ihr auf. Falls das Bündnis an sie heranträte, stünde sie einem Austausch sehr offen gegenüber.

Roman Simon (CDU) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„In der nächsten Woche, am 3. und 4. Juni 2026, findet auf dem EUREF-Campus der Kitakongress 2026 statt. Welche Zielstellungen verfolgt der Senat mit dieser Veranstaltung?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) teilt mit, der Kitakongress finde unter der Überschrift „Wir sind KiTa“ statt. Pro Tag könnten 750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kongress besuchen. Dass die Plätze nahezu belegt seien, zeige das Interesse und den Bedarf an Austausch in diesem Bereich. Sie freue sich, den Kitakongress eröffnen zu dürfen. Als zentrale Auftaktveranstaltung stelle die SenBJF das neue Berliner Bildungsprogramm vor. Der Kongress richte sich vor allem an pädagogische Fachkräfte, Kitaleitungen und Fachberatungen. Darüber hinaus seien Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Vereinigungen eingeladen worden. Der Kongress solle den Fachkräften einen strukturierten und praxisnahen Zugang zum neuen Berliner Bildungsprogramm ermöglichen. Themen der frühkindlichen Bildung wie Sprachbildung, Kinderschutz und Kinderrechte, Inklusion und Teilhabe, sozial-emotionale Bildung sowie Digitalisierung und Medienbildung spielten eine wichtige Rolle. Als Querschnittsthema stehe die Sprachbildung auf dem Kitakongress im Fokus. Ihr sei im Berliner Bildungsprogramm ein eigenes Kapitel gewidmet. Darüber hinaus gäben externe Partner beim „Markt der Möglichkeiten“ Einblicke in Programme, Projekte und Unterstützungsangebote für die frühkindliche Bildung in Berlin, und an beiden Tagen finde ein ganztägiges Fachprogramm mit vielen Expertinnen und Experten statt.

Roman Simon (CDU) erkundigt sich, in welchem Zusammenhang der KiTa-Monat Juni mit dem Kitakongress stehe.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) berichtet, der KiTa-Monat stehe unter dem Motto „Austauschen, mitgestalten, Neues entdecken“. Schwerpunkt sei zum einen das Thema frühkindliche Bildung, insbesondere im Zusammenhang mit Chancen und Bildungsgerechtigkeit. Dieses habe in den letzten drei Jahren schon mehrmals im Fokus gestanden. So seien mit dem Kindertagesförderungsgesetz, dem im Plenum einstimmig zugestimmt worden sei, entscheidende Weichen zur Stärkung der frühkindlichen Bildung gestellt worden. Zum anderen diene der KiTa-Monat der Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure der Stadt, die frühkindliche Bildung anbieten.

Marcel Hopp (SPD) fragt spontan aus Anlass der Ankündigung der Senatorin, die Klassenfrequenzen an Schulen in herausfordernder Lage abzusenken, wie dies konkret umgesetzt werden solle, ohne dass andere Schulen oder pädagogische Angebote Kürzungen oder Stellenverschiebungen hinnehmen müssten. Bisher seien weder zusätzliche Mittel im Haushalt noch entsprechende Stellen im Personalplan hinterlegt. Seiner Fraktion sei auch nicht bekannt, dass eine abgestimmte Schulentwicklungsplanung mit den Bezirken durchgeführt werde.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erklärt, die Vereinbarung mit der GEW stärke die Schulen, entlaste das pädagogische Personal und die Familien und ermögliche Schülerinnen und Schülern in den kommenden Jahren eine zuverlässige und stabile Bildung. Die SenBJF sei vor mehr als einem halben Jahr in die Gespräche mit der GEW eingetreten, um zum ersten Mal konstruktiv die Machbarkeit der Umsetzung der Forderung nach kleineren Klassen zu besprechen.

Wie der Pressemitteilung zu entnehmen gewesen sei, seien die Pläne mit der Senatsverwaltung für Finanzen besprochen worden. Die SenBJF habe für das Jahr 2026 den notwendigen Spielraum erhalten, die Mittel im Einzelplan so umzuverteilen oder bis zum Jahresende unbesetzte Stellen zu nutzen, um diese Maßnahmen leisten zu können. Für ein gesamtes Schuljahr würden zusätzliche Mittel für 300 Vollzeitlehrerstellen benötigt. Dahinter stehe nicht nur die Frequenzabsenkung, sondern zum Beispiel auch die Altersermäßigung für Beschäftigte ab dem 63. Lebensjahr. Dies sei eine Forderung der Opposition, die die GEW immer unterstützt habe. Damit werde den hohen Wanderungsbewegungen bei den Beschäftigten ab dem 63. Lebensjahr Rechnung getragen.

Zum kommenden Schuljahr werde damit begonnen, die Klassenfrequenzen bei den Schulanfängern und den Grundschulen der Schultypisierung 5, 6 und 7 auf 20 Schülerinnen und Schüler pro Klasse abzusenken. Wo dies räumlich nicht möglich sei, würden die Schulen aufgefordert, eine Doppelsteckung zu nutzen. Die Forderung der GEW sei umsetzbar, da dank der Berliner Schulbauoffensive im Grundschulbereich nach und nach die räumlichen Voraussetzungen vorlägen. Personell werde die SenBJF die Schulen bei der Umsetzung unterstützen. Die Schulaufsichten und Bezirke seien vor dem Pressetermin informiert worden und wüssten um die Bedarfe in ihren Regionen. Dazu habe ein Austausch stattgefunden. Die Schulen befänden sich noch bis Ende Juni im Einstellungsprozess. Dieser könne genutzt werden, um die Frequenzabsenkung zu ermöglichen.

Im Jahr 2027 müsse dann ein Nachtragshaushalt für den Einzelplan 10 verabschiedet werden. Hierfür hoffe sie auf Unterstützung seitens der Abgeordneten, die die Forderungen der GEW öffentlich unterstützt hätten.

Marcel Hopp (SPD) wendet ein, dass Fragen zum Nachtragshaushalt zuerst mit dem Haushaltsgesetzgeber zu klären seien, bevor öffentlich Versprechen gegeben würden. – Zur Einrichtung zusätzlicher Klassen, zur Raumplanung und Anpassung der Kapazitäten bedürfe es eine Absprache mit den Bezirken. Welche konkreten Vereinbarungen seien mit den Bezirken zur Absenkung der Klassenfrequenzen getroffen worden?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) weist darauf hin, dass hinsichtlich der Zuständigkeit zwischen Schulträger und Schulaufsicht sowie äußeren und inneren Schulangelegenheiten unterschieden werde. Ihre Aufgabe bestehe darin, alle Akteure zu informieren. Die SenBJF werde auch, sofern gewünscht, alle Akteure bei der Umsetzung unterstützen. Die Verantwortung für die Umsetzung trügen zunächst aber die Schulträger beziehungsweise die Schulaufsichten. Den Schulen werde zusätzliches Personal mit einer klaren Einsatzmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Daher sei die Rolle der Schulaufsichten, bei der Einstellung zu unterstützen und zu prüfen, dass das Personal entsprechend eingesetzt werde.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1367
**Verbraucher*innenbildung an Schulen stärken –
Beratungsnetzwerk zum Thema Finanzbildung,
Marktgeschehen und Verbraucher*innenrecht
einrichten**

[0222](#)
BildJugFam(f)
Recht*

Vorsitzende Sandra Khalatbari weist darauf hin, dass zu Punkt 2 der Tagesordnung die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz vorliege. Der Ausschuss empfehle, den Antrag Drucksache 19/1367 abzulehnen.

Tonka Wojahn (GRÜNE) legt dar, trotz der Empfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz bleibe das Anliegen aktuell, nicht nur aufgrund der im Ausschuss durchgeführten Anhörung, die das Anliegen des Antrages und die Notwendigkeit der Einsetzung einer Koordinierungsstelle bestätigt habe. Die Verbraucherinnen- und Verbraucherbildung an Schulen müsse gestärkt werden, gerade in den Bereichen Finanzbildung, Marktgeschehen, nachhaltiger Konsum und Verbraucherinnen- und Verbraucherrecht. Hierfür werde dringend Personal zur Unterstützung der Lehrkräfte benötigt.

Der **Ausschuss** beschließt, den Antrag Drucksache 19/1367 abzulehnen. Es ergehe eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3235
**Gesetz zur Weiterentwicklung der Berliner Kinder-
und Jugendhilfe**

[0433](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3105

**Drittes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und
weiterer Rechtsvorschriften**

[0428](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.